



**Gemeinschaftskraftwerk
Schweinfurt GmbH**



Jahresabschluss 2024

Inhalt

Vorwort der Geschäftsführung	3
1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024	4
2. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024	12
2.1. Bilanz zum 31. Dezember 2024.....	12
2.2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024.....	14
2.3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024	15
3. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	22

Vorwort der Geschäftsführung

Der vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 ist Bestandteil des Nachhaltigkeitskonzeptes der GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH. Im Rahmen der allgemein anerkannten drei Bereiche der Nachhaltigkeit

- Ökologie
- Ökonomie
- Soziales

dient der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der transparenten Berichterstattung zu ökonomischen Gesichtspunkten des Unternehmens. Der Bereich Ökologie wird durch die Umwelterklärung und der Bereich Soziales durch den Sozialbericht präsentiert. Alle drei Unterlagen sind auf der GKS-Website unter dem Menüpunkt „Nachhaltigkeit“ veröffentlicht.

Im Energieheizkraftwerk wurde im Berichtsjahr die Stromproduktion witterungsbedingt und aufgrund der gesunkenen Wirtschaftlichkeit bedingt durch die niedrigen Börsenstrompreise reduziert. Als Hauptbrennstoff wurde rund 18.500 t/a Importsteinkohle eingesetzt. Die im Jahr 2020 begonnene Mitverbrennung von kommunalem Trockenklärschlamm (TKS), welche einen Teil der Steinkohle substituiert und die Entsorgung von TKS sicherstellt, wurde im Betriebsjahr 2024 weitergeführt. Aufgrund des reduzierten Kohleeinsatzes war auch der Durchsatz von TKS mit rund 2.600 t/a im Vergleich zum Vorjahr vermindert. Die in 2024 fortgeschrittene Planung der neuen Trockenklärschlammverbrennungsanlage (TKSVA) soll planmäßig ab 2029 in Betrieb gehen und rund $\frac{1}{4}$ der installierten Leistung des Energieteils substituieren. Neben der TKSVA ist auch der Bau und die Inbetriebnahme des neuen GKS-Abfallzwischenlagers in 2024 als relevanter Umweltbeitrag zu nennen.

Das Spitzenheizwerk Nord wurde in den Übergangszeiten und zur Spitzenlastabdeckung bei hohem Fernwärmebedarf eingesetzt. Die Jahresbetriebszeit der Kesselanlagen lag mit rund 3.332 h/a deutlich über dem Vorjahresniveau (rund 1.000 h/a) und als Hauptbrennstoff wurde aus wirtschaftlichen Gründen sowie aufgrund geringerer CO₂-Emissionen Erdgas eingesetzt. Die Verknappung an Brenn- und Betriebsstoffen (z. B. Ammoniakwasser, Salzsäure etc.) aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzung sowie die daraus resultierenden Preisanstiege im Jahr 2022 haben sich in 2024 weiter entspannt. Weiterhin wurden und werden Anstrengungen in der Beschaffung unternommen, um einen sicheren und kostengünstigen Anlagenbetrieb dauerhaft gewährleisten zu können.

Im Jahr 2024 wurde in der thermischen Abfallbehandlungsanlage eine Rekordmenge von 190.000 t/a Abfall verbrannt. Durch gezielte Abstimmungen konnten u.a. während Revisionszeiten und bei jahreszeitlichen Schwankungen des Müllaufkommens die Müllmengen ganzjährig sicher bewältigt werden. Dies konnte durch die hervorragende Zuverlässigkeit der Anlage und insbesondere den herausragenden Einsatz der Mitarbeiter erreicht werden.

Der Ihnen vorliegende Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 und Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 stellt anhand von Daten und Fakten ein umfangreiches vor allem wirtschaftliches Bild der GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt GmbH dar. Für Anregungen, die Sie zu unserer Darstellung haben, sind wir Ihnen dankbar.

Schweinfurt, 31. Mai 2025

Dr. Warnecke

ppa. Fischer

1. Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

Grundlagen der Gesellschaft

Geschäftsmodell und Umfeld

Die GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GKS) betreibt im Hafengebiet der Stadt Schweinfurt ein Kohleheizkraftwerk und eine thermische Abfallbehandlungsanlage. Nach dem Prinzip der Kraft-Wärme-Kopplung wird Strom erzeugt, die Fernwärmeversorgung der ortsansässigen Gesellschafter sichergestellt sowie die Dienstleistung der thermischen Abfallbehandlung erbracht.

Auch im Jahr 2024 konnte der von den Gesellschaftern angelieferte Restmüll zuverlässig thermisch behandelt werden. Die thermische Behandlung von Restmüll und Gewerbeabfällen im Müllteil sowie die Mitverbrennung von Trockenklärschlamm im Kohleteil tragen durch Substitution fossiler Regelbrennstoffe wie Kohle, Heizöl EL und Erdgas zu einer Verringerung der Treibhausgasemissionen und damit zum Klimaschutz sowie zur Ressourcenschonung bei. Ebenso werden durch die Erzeugung von Strom und Fernwärme in Kraft-Wärme-Kopplung Primärenergieträger eingespart und Treibhausgasemissionen verringert.

Für die Gesellschaft sind die Fernwärmemenge und die Abfalldurchsatzmenge sowie der durchschnittliche spezifische Fernwärmepreis und das durchschnittliche spezifische Müllanlieferungsentgelt der Gesellschafter die zentralen Steuerungsgrößen.

Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Entwicklung des Unternehmens wird durch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Entwicklungen der Rohstoff- und Energiemärkte und energie-, abfall- bzw. regulierungspolitische Bedingungen gekennzeichnet.

Die gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland im Jahr 2024 war geprägt von konjunkturellen und strukturellen Belastungen: zunehmende Konkurrenz für die deutsche Exportwirtschaft auf wichtigen Absatzmärkten, hohe Energiekosten, ein weiterhin hohes Zinsniveau und hohe wirtschaftliche und geopolitische Unsicherheiten. Dies hat gemäß dem Statistischen Bundesamtes zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums auf rund 0,2 % gegenüber dem Vorjahr (rund 0,3 %) geführt.

Nach den erheblichen, teilweise extremen Preiserhöhungen an den Energie- und Rohstoffmärkten im Jahr 2022 sind die Preise im Vorjahresvergleich weiter gesunken, liegen im Mittel jedoch immer noch deutlich über dem Vorkrisenniveau.

Der zum Ende des Jahres 2023 verzeichnete Rückgang der Marktpreise für Kohle, Erdgas und Strom hat sich im 1. Quartal 2024 fortgesetzt. Eine Umkehr dieses Trends setzte im 2. Quartal 2024 ein und hat sich insbesondere zum Ende des Jahres 2024 weiter verstärkt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die mittleren Marktpreise für Kohle, Erdgas und Strom gesunken, wobei der Rückgang des mittleren Marktpreises für Kohle hinter denen der anderen Energieträger zurückblieb. Die volatile Entwicklung der Preise für Emissionsrechte zeigte sich in einem Preisanstieg im Dezember 2023, einem Preisrückgang insbesondere im Februar 2024 sowie wiederum einem Preisanstieg bis zum Ende des Jahres 2024.

Der Markt für die thermische Abfallbehandlung von Siedlungs- und Gewerbeabfällen war nicht nur durch das Verhältnis von nahezu konstanten Verbrennungskapazitäten und hohem Abfallaufkommen, sondern auch durch politische Vorgaben (z.B. durch Kreislaufwirtschaftsgesetz, Gewerbeabfall-Verordnung, TA Luft, BVT Abfallverbrennung, 17. BImSchV) beeinflusst.

Geschäftsentwicklung und Lage

Thermisch behandelt und energetisch verwertet wurden bei einem nahezu unveränderten Heizwert 190.000 t (Vorjahr 187.000 t) Abfälle. Bezogen auf den Auslegungsheizwert der thermischen Abfallbehandlungsanlage errechnet sich für das Geschäftsjahr eine Arbeitsverfügbarkeit von 100 % (Vorjahr 100 %). Im Rahmen der langfristigen Müllanlieferungsverträge sind im laufenden Jahr mehr Müllmengen angefallen als im GKS verbrannt werden konnten. Durch kurz- und mittelfristige Vereinbarungen mit anderen Abfallbehandlungsanlagen konnten diese Mengen jedoch zuverlässig abgesteuert werden. Die im Vorjahr auf ein externes Zwischenlager verbrachten Abfälle wurden im Geschäftsjahr zurückgeführt und verbrannt. Gleichwohl waren Abfälle zur Zwischenlagerung über den Abschlussstichtag hinaus in geringeren Mengen neu auszulagern.

Im Vergleich zum Vorjahr hat sich das durchschnittliche spezifische Müllanlieferungsentgelt bei Verrechnung von mengenabhängigen Staffelpreisen für die Gesellschafter um rund 35 % erhöht. Hierbei haben sich bei einer um rund 6 % gestiegenen Müllanlieferungsmenge der Gesellschafter im Wesentlichen die preisbedingt gesunkene Mülldampfvergütung für die Substitution von Primärenergie zur Fernwärme- und Stromerzeugung, die erstmals zu berücksichtigenden Aufwendungen für die Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen nach dem BEHG sowie gestiegene Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung ausgewirkt, denen gesunkene Aufwendungen für den Strom-Eigenbedarf gegenüberstehen.

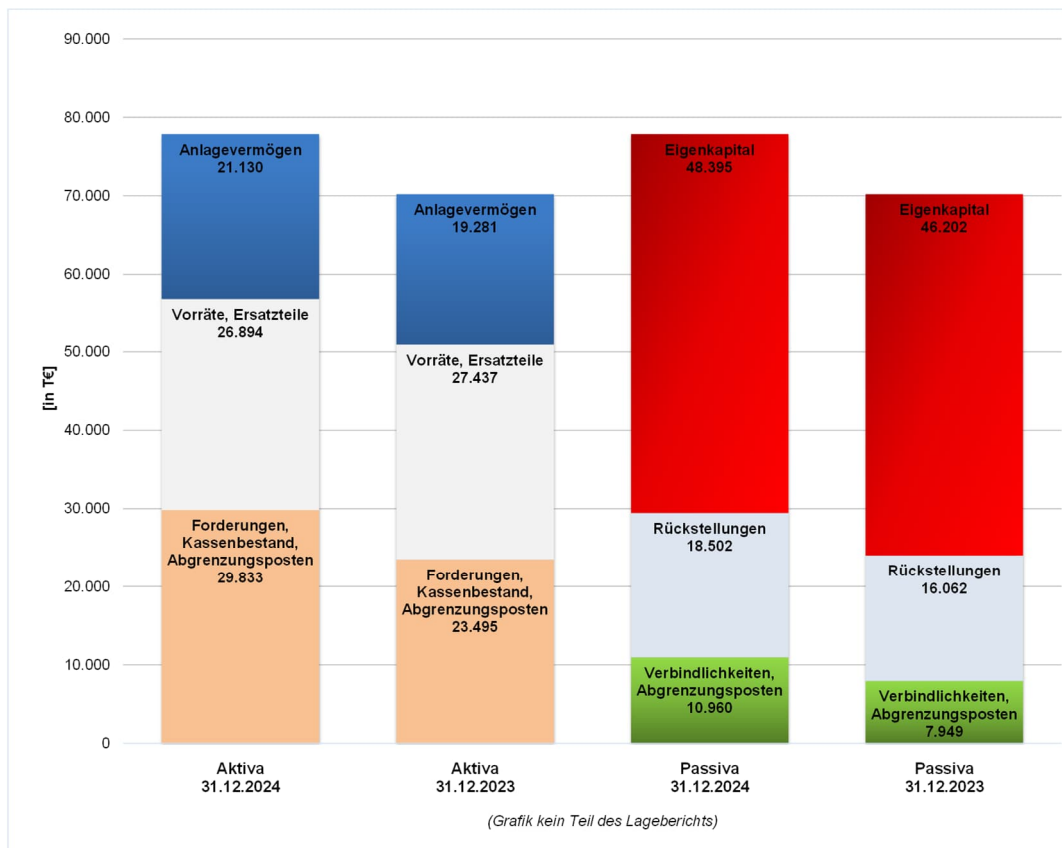
Die Fernwärmeabgabe hat sich witterungsbedingt mit rund 289.000 MWh (Vorjahr rund 296.000 MWh) um rund 2 % verringert und liegt damit rund 16 % unter dem Mittelwert seit Inbetriebnahme des Heizkraftwerkes.

Die Stromabgabe ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 17.000 MWh auf rund 79.000 MWh gesunken. Dies ist auf witterungsbedingte Einflüsse sowie auf die niedrigere Stromproduktion aufgrund des gegenüber den Brennstoffkosten stärker gesunkenen Börsenstrompreises zurückzuführen.

Für die Strom- und Fernwärmeerzeugung wurde im Berichtsjahr Importsteinkohle und als Substitutionsbrennstoffe Müll und in geringem Umfang Trockenklärschlamm eingesetzt. Bei einem gesunkenen Kohleeinsatz haben sich die Kohleeinsatzkosten je t SKE im Jahresdurchschnitt gegenüber dem Vorjahr um rund 13 % verringert. Der Brennstoffeinsatz im Spitzenheizwerk Nord (Erdgas und Heizöl) lag aus wirtschaftlichen Gründen höher als im Vorjahr. Insgesamt ergab sich bei den Brennstoffkosten je t SKE im Vergleich zum Jahr 2023 ein Rückgang um rund 11 %.

Der spezifische Abgabepreis für Fernwärme erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich. Dabei haben sich bei einer um rund 2 % niedrigeren Fernwärmeabgabe im Wesentlichen die preis- und mengenbedingt gesunkenen Stromerlöse sowie gestiegene Aufwendungen für Wartung und Instandhaltung ausgewirkt, teilweise kompensiert durch insgesamt niedrigere Aufwendungen für Primärenergien und für die Verpflichtung zur Abgabe von Emissionsberechtigungen nach dem TEHG sowie die preisbedingt gesunkene Mülldampfvergütung für die Substitution von Primärenergie zur Fernwärme- und Stromerzeugung.

Insgesamt belaufen sich die Umsatzerlöse auf 47,8 Mio. € (Vorjahr 47,6 Mio. €). Im Vergleich zum Vorjahr haben sich neben den gestiegenen Müllanlieferungserlösen insbesondere die gestiegenen Fernwärmeerlöse ausgewirkt, denen ein Rückgang der Stromerlöse gegenübersteht. Das Jahresergebnis in Höhe von 2,2 Mio. € ergibt sich durch die grundsätzliche Anwendung des Kostendeckungsprinzips mit der vertragsgemäßen Möglichkeit zur Bildung von Rücklagen aus Erträgen von Dritten. Vor dem Hintergrund der für die kommenden Jahre geplanten Investitionen schlägt die Geschäftsführung deshalb vor, den Jahresüberschuss den Anderen Gewinnrücklagen zuzuführen.



Bilanzstruktur GB.xlsx

Abb. 5-1: Bilanzstruktur 2024

Die Bilanzsumme beläuft sich auf 77,8 Mio. € und hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 7,6 Mio. € erhöht. Dies resultiert auf der Aktivseite der Bilanz im Wesentlichen aus dem Anstieg der Forderungen und des Anlagevermögens, teilweise kompensiert durch den Rückgang der Vorräte und der Flüssigen Mittel. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sind stichtagsbedingt um 7,5 Mio. € auf 12,3 Mio. € angestiegen. Das Anlagevermögen hat sich insbesondere durch Zugänge in Höhe von 4,1 Mio. € erhöht, denen Abschreibungen in Höhe von 2,3 Mio. € gegenüberstehen. Die Vorräte sind aufgrund des mengen- und preisbedingt gesunkenen Bestands an Steinkohle zum Bilanzstichtag gesunken, teilweise kompensiert durch die mengenbedingte Zunahme der Emissionsberechtigungen für das BEHG. Auf der Passivseite der Bilanz hat sich im Wesentlichen der stichtagsbedingte Anstieg der Verbindlichkeiten und der Anstieg der Rückstellungen sowie die Erhöhung des Eigenkapitals aufgrund des Jahresüberschusses ausgewirkt.

Das Anlagevermögen am 31. Dezember 2024 beträgt 27 % (Vorjahr 28 %) der Aktiva. Der Eigenkapitalanteil beläuft sich aufgrund der gestiegenen Bilanzsumme auf 62 % (Vorjahr 66 %) der Passiva. Langfristige Darlehen bestanden wie im Vorjahr nicht. Die Finanzlage war zufriedenstellend. Die Investitionen konnten nahezu vollständig aus dem Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit abgedeckt werden. Der Finanzmittelbestand beläuft sich zum 31. Dezember 2024 auf 15,5 Mio. €. Die Zahlungsfähigkeit ist durch den Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit, den Bestand an Liquidität und ausreichende Kreditlinien gesichert.

Die wesentlichen Planansätze des Wirtschaftsplans für das Jahr 2024 konnten hinsichtlich der geplanten Mengen, Preise und Erlöse – mit Ausnahme der witterungsbedingt gesunkenen Fernwärmeabgabe, der preis- und mengenbedingt gesunkenen Stromerlöse sowie dem daraus resultierend gestiegenen durchschnittlichen spezifischen Fernwärmepreis – im Wesentlichen erreicht oder sogar verbessert werden. Insbesondere hinsichtlich der absoluten Fernwärmepreise und Müllanlieferungsentgelte, des durchschnittlichen spezifischen Müllanlieferungsentgelts der Gesellschafter sowie des Mülldurchsatzes konnte eine deutliche Verbesserung gegenüber dem Plan erreicht werden.

Insgesamt stellt die Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage eine solide Basis für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft dar.

Wie in den Vorjahren gebührt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Dank und Anerkennung. Ihr Einsatz und berufliches Können hatte auch in diesem Geschäftsjahr maßgeblichen Anteil an der erfolgreichen Weiterentwicklung.

Forschung und Entwicklung

Im Jahr 2021 wurde das Projekt „EMSARZEM - Einsatz von MV-Schlacke als Rohstoff für die Zementherstellung“ genehmigt, in dem im Wesentlichen die Universität Duisburg-Essen sowie Schlacke-Aufbereiter und die Zementindustrie zusammen mit GKS einen neuartigen Weg beschreiten, um bei geringer werdenden Deponiekapazitäten die Verwertung der Schlacke aus der Müllverbrennung sicherzustellen. Die Laufzeit des Projektes endete am 31. Oktober 2024.

Im Jahr 2024 wurde in Zusammenarbeit mit dem Umweltbundesamt (UBA) mit dem Projekt „ReFoPlan 2024 - Ausschleusung von Schadstoffen aus Stoffkreisläufen mittels thermischer Verfahren“ begonnen, dessen übergeordnet Zielstellung es ist, die Wissensbasis über die thermische Zersetzung der Stoffgruppen PFAS und PBDD/F in großtechnischen Anlagen der thermischen Abfallbehandlung zu erweitern. Zentrale Fragestellungen sind die zuverlässige und effiziente Zerstörung der beiden Stoffgruppen sowie die Beachtung potentieller Restemissionen. Die Datenbasis soll durch mehrere großtechnische Versuche erarbeitet werden, in der alle Eingangs- und Ausgangsstoffströme ausführlich analysiert werden. Die Laufzeit des Projektes endet plangemäß am 30.11.2027.

GKS beteiligt sich an einem Projekt, das von ete.a, Lich, geführt wird und gemeinsam mit weiteren Unternehmen beim Umweltbundesamt (UBA) 2024 beantragt und genehmigt wurde. Das Projekt „Innovative Techniken: Verbesserung der Ressourcen- und Energieeffizienz bei der thermischen Abfallbehandlung“ soll bei GKS einen Betrag leisten, um die von den Gesellschaftern beschlossene CO₂-Neutralität optimiert umzusetzen. Das Projekt soll 2027 abgeschlossen werden.

Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Risikomanagement

Ein Risikomanagementsystem ist eingerichtet. Es erfolgt eine kontinuierliche und systematische Überarbeitung und Bewertung der definierten Risikofelder.

Chancen und Risiken

Die Auslastung der thermischen Abfallbehandlungsanlage und damit die Mülldurchsatzmenge, die Steigerung des Fernwärmeabsatzes sowie die Fortführung von Optimierungsmaßnahmen haben trotz des vertraglich vereinbarten Kostendeckungsprinzips unter dem Gesichtspunkt der mittel- und langfristigen Entwicklung zentrale Bedeutung.

Die Müllanlieferungsmengen sowie der Fernwärmeabsatz sind nahezu ausschließlich von den Anlieferungen bzw. Abnahmen der Gesellschafter abhängig. Der sicheren Entsorgung der Müllmengen aus den langfristigen Müllanlieferungsverträgen, die die Kapazität des GKS übersteigen, ist durch kurz- und mittelfristige Vereinbarungen mit anderen Abfallbehandlungsanlagen, zum Teil im Rahmen der vertraglichen Aushilfe, sowie durch ein angepasstes Preismodell Rechnung getragen. Der Fernwärmeabsatz ist im Wesentlichen witterungsabhängig. Die Stromvergütung sowie die Höhe der Primärenergiekosten hängen direkt von der Entwicklung der Marktpreise ab.

Das im Juli 2020 verabschiedete Kohleausstiegsgesetz regelt die Modalitäten für die Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland bis spätestens 2038. Nachdem es sich bei GKS um eine Steinkohle-Kleinanlage als Dampfsammelschienen-Block handelt, dürfte das voraussichtliche rechtliche Ende für die Kohleverbrennung im Zeitraum Anfang bis Mitte der 2030er Jahre liegen. Der von den Gesellschaftern gewollte GKS-Kohleausstieg wird voraussichtlich früher erfolgen.

Die CO₂-Emissionen aus dem Energieteil des Unternehmens sind bereits im europäischen Emissionshandelssystem (TEHG) berücksichtigt. Durch das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) erfolgte ab dem Jahr 2021 eine nationale Bepreisung von CO₂-Emissionen der Sektoren (im Müllteil z.B. für eingesetztes Heizöl), die bisher nicht im europäischen Emissionshandel erfasst wurden. Seit dem 01. Januar 2024 unterfallen nun auch die Betreiber von Abfallverbrennungsanlagen mit den CO₂-Emissionen der Abfälle dem Anwendungsbereich des BEHG.

Risiken aus dem Betrieb der Anlage und eventuelle Risiken aus der Umwelthaftung mit Auswirkungen auf die Preise sind weitgehend durch Versicherungen abgedeckt.

Die nach der erfolgten Zustimmung der Europäischen Kommission im September 2022 in Kraft getretene „Richtlinie für die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze“ (BEW) eröffnet Fördermöglichkeiten für die Dekarbonisierung bestehender Fernwärmenetze auf dem Weg zu einer klimaneutralen Fernwärmeversorgung. Die Erstellung eines entsprechenden Transformationsplans nach Modul I der BEW konnte im Jahr 2024 abgeschlossen werden. Hierfür wurden durch das BAFA bereits Fördermittel bewilligt.

Ausblick

Für das Jahr 2025 wurde im Wirtschaftsplan von einem gegenüber dem Vorjahr leicht niedrigerem durchschnittlichen spezifischen Fernwärmepreis sowie von einer gegenüber dem Vorjahr um rund 4 % höheren Fernwärmeabgabe ausgegangen. In den ersten beiden Monaten des Jahres 2025 lag die Fernwärmeabgabe gegenüber dem Vorjahreszeitraum witterungsbedingt um rund 3 % höher.

Die Stromabgabe der Monate Januar und Februar 2025 erhöhte sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres um rund 28 %, da im Januar und Februar 2024 aufgrund des gegenüber den Brennstoffkosten stärker gesunkenen Börsenstrompreises die Stromproduktion reduziert wurde. Gemäß dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 wird mit einer gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres rund 2 % höheren Stromabgabe gerechnet.

Die dem GKS angelieferten Müllmengen der Monate Januar und Februar 2025 sind gegenüber dem Vorjahr um rund 1 % gestiegen. Der Mülldurchsatz liegt rund 1 % unter dem Wert des Vorjahreszeitraumes. Für das Jahr 2025 wird mit einer gegenüber dem Vorjahr um rund 5 % niedrigeren zu behandelnden Müllmenge sowie einem deutlich gestiegenen durchschnittlichen spezifischen Müllanlieferungsentgelt der Gesellschafter gerechnet. Der Durchsatz von Trockenklärschlamm im Rahmen der Mitverbrennung im Kohleteil wird gemäß dem Wirtschaftsplan für das Jahr 2025 aufgrund des geplant gestiegenen Kohleeinsatzes wieder höher ausfallen als im Jahr 2024.

Der Plan für das Geschäftsjahr 2025, der auf Erfahrungswerten der Vergangenheit, den Mengenerwartungen der Gesellschafter und erwarteten zukünftigen Entwicklungen basiert, sieht einen deutlichen Rückgang des Jahresüberschusses gegenüber dem Vorjahr vor. Aufgrund des vertraglich vereinbarten Kostendeckungsprinzips wird auch künftig ein positives Ergebnis erwartet. Derzeit sind kurzfristig keine erfolgsgefährdenden Ereignisse erkennbar.

2. Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024

2.1. Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA

	T€	T€	Vorjahr T€
A. ANLAGEVERMÖGEN			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
EDV-Software, Baukostenzuschüsse		40	49
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.918		6.492
2. Technische Anlagen und Maschinen	8.189		8.247
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.176		1.313
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	<u>2.807</u>		<u>3.180</u>
		21.090	19.232
B. UMLAUFVERMÖGEN			
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	22.658		23.328
2. Ersatzteile	4.080		3.809
3. Geleistete Anzahlungen	<u>156</u>		<u>300</u>
		26.894	27.437
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.315		4.788
2. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>1.496</u>		<u>2.484</u>
		13.811	7.272
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		15.506	15.789
C. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN		63	38
D. AKTIVER UNTERSCHIEDSBETRAG AUS DER VERMÖGENSVERRECHNUNG		453	396
SUMME AKTIVA		77.857	70.213

			PASSIVA
	T€	T€	Vorjahr T€
A. EIGENKAPITAL			
I. Gezeichnetes Kapital	16.361		16.361
II. Kapitalrücklage	6.647		6.647
III. Andere Gewinnrücklagen	23.194		21.169
IV. Jahresüberschuss	<u>2.193</u>		<u>2.025</u>
		48.395	46.202
B. RÜCKSTELLUNGEN			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	702		1.005
2. Steuerrückstellungen	224		484
3. Sonstige Rückstellungen	<u>17.576</u>		<u>14.573</u>
		18.502	16.062
C. VERBINDLICHKEITEN			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.908		2.180
2. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>7.918</u>		<u>5.769</u>
		10.826	7.949
D. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN	<u>134</u>	134	0
SUMME PASSIVA		77.857	70.213

2.2. Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 2024

	T€	T€	Vorjahr T€
1. Umsatzerlöse	47.833		47.638
Erhöhung/Verminderung der Verpflichtung zur thermischen Behandlung der Trockenklärslammmenge und der Müllbunker- und Zwischenlagermenge	<u>-233</u>		<u>-25</u>
	47.600		47.613
2. Sonstige betriebliche Erträge	<u>912</u>	48.512	<u>881</u> 48.494
3. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	24.566		26.537
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>7.673</u>	32.239	<u>6.834</u> 33.371
4. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	6.905		6.854
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>1.569</u>	8.474	<u>1.488</u> 8.342
davon für Altersversorgung	226 T€		
(Vorjahr	219 T€)		
5. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		2.271	1.827
6. Sonstige betriebliche Aufwendungen		2.727	2.702
7. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		274	210
8. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		32	37
9. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		789	845
10. Ergebnis nach Steuern		2.254	1.580
11. Sonstige Steuern		61	-445
12. Jahresüberschuss		2.193	2.025

2.3. Anhang für das Geschäftsjahr 2024

1. Angaben zu Form und Darstellung von Bilanz bzw. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gesellschaft ist im Handelsregister des Amtsgerichtes Schweinfurt unter HRB 1532 eingetragen.

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 wird nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) unter Berücksichtigung des Gesetzes betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbHG) aufgestellt.

Für die Gewinn- und Verlustrechnung wurde das Gesamtkostenverfahren beibehalten.

Die Posten der Bilanz wurden auf der Aktivseite um die Position "Ersatzteile" erweitert. Die "Verminderung der Verpflichtung zur thermischen Behandlung der Müllbunker- und Zwischenlagermenge und der Trockenklärschlammmenge" wird in der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Umsatzerlösen gezeigt.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu Anschaffungskosten, die Sachanlagen zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet. Die Abschreibungen werden nach der linearen Methode grundsätzlich entsprechend der branchenüblichen Nutzungsdauer und in steuerlich zulässiger Höhe vorgenommen. Die erhaltenen Zuschüsse haben die Bemessungsgrundlage für die Abschreibungen gemindert. Vermögensgegenstände mit Anschaffungskosten bis einschließlich 800 € werden im Jahr des Zugangs als Sofortabschreibung erfasst.

Die Bewertung der Bestände an Ersatzteilen und Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen erfolgt mit durchschnittlichen Einstandspreisen unter Beachtung des Niederstwertprinzips. Der Lagerdauer der Ersatzteile ist durch einen Bewertungsabschlag Rechnung getragen.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände, der Kassenbestand und die Guthaben bei Kreditinstituten sind zum Nennwert bilanziert.

Aktive latente Steuern wurden entsprechend dem Aktivierungswahlrecht nach § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB nicht angesetzt. Differenzen zwischen den handelsrechtlichen und steuerlichen

Wertansätzen resultieren aus den Rückstellungen für Pensionen und den sonstigen Rückstellungen. Der kombinierte Ertragsteuersatz beträgt 28,8 % und umfasst Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer und Solidaritätszuschlag.

Der aktive Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung in Höhe von 453 T€ resultiert im Wesentlichen aus der Verrechnung des Erfüllungsbetrags der Verpflichtungen aus Zeitwertkonten (2.319 T€) mit dem Zeitwert (berechnetes Deckungskapital am Schluss der Versicherungsperiode) der dafür abgeschlossenen Rückdeckungsversicherungen (2.772 T€) gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB.

Die Rückstellungen für Pensionen wurden nach dem Projected-Unit-Credit-Verfahren unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 1,90 % p. a. gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB auf Basis der Heubeck-Richttafeln 2018 G der Heubeck-Richttafeln-GmbH Köln ermittelt. Dabei ist die jährliche Rentenanpassung mit 1,0 % entsprechend berücksichtigt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB beträgt -3 T€ (Vorjahr 7 T€). Das Wahlrecht des Art. 67 Abs. 1 Satz 1 EGHGB wurde nicht ausgeübt.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt und berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen. Die sonstigen Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr werden mit den von der Deutschen Bundesbank bekanntgegebenen fristadäquaten Zinssätzen zwischen 1,20 % und 1,95 % abgezinst.

Aufwandsrückstellungen nach § 249 Abs. 2 HGB a. F. in Höhe von insgesamt 5.332 T€ wurden gemäß Art. 67 Abs. 3 Satz 1 EGHGB beibehalten.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

3. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung

3.1 Bilanzerläuterungen

(1) Anlagevermögen

Die Entwicklung des Anlagevermögens wird in der Anlage 1 zum Anhang gezeigt.

(2) Vorräte

Die Gesellschaft hat im Jahr 2024 zur Erfüllung ihrer Obliegenheiten aus dem Gesetz über den Handel mit Berechtigungen zur Emission von Treibhausgasen (TEHG) sowie dem Gesetz über einen nationalen Zertifikatehandel für Brennstoffemissionen (BEHG) Emissionsberechtigungen angeschafft. Der Bestand an Zertifikaten zum Bilanzstichtag beträgt für das Kohleheizkraftwerk TEUR 12.480 und für die Thermische Abfallbehandlungsanlage TEUR 3.375.

(3) Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

	31.12.2024	davon RLZ	31.12.2023
	T€	mehr als	T€
		ein Jahr	
		T€	
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	12.315	-	4.789
Steuerforderungen	1.311	-	1.365
Übrige	<u>185</u>	-	<u>1.118</u>
	<u>13.811</u>	-	<u>7.272</u>

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen resultieren hauptsächlich aus der Abrechnung von Stromlieferungen, Müllanlieferungen und Fernwärmelieferungen. Darin sind Forderungen in Höhe von 11.867 T€ (Vorjahr 4.432 T€) gegen Gesellschafter enthalten.

Die Steuerforderungen betreffen noch nicht abzugsfähige Vorsteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer sowie Energie- und Stromsteuer.

(4) Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen sind hauptsächlich für Verpflichtungen aus Revisions- und Instandhaltungsaufwendungen, Abbruch- und Entsorgungskosten, noch nicht abgerechnete Fremdleistungen, Personalaufwendungen sowie der Abgabe von Emissionsrechten gebildet.

(5) Verbindlichkeiten

Die Aufgliederung der Verbindlichkeiten wird nachfolgend im Verbindlichkeitspiegel vorgenommen, der als Anlage 2 zum Anhang beigefügt ist.

3.2 Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

(1) Umsatzerlöse	2024	2023
	T€	T€
Strom	7.008	31.589
Fernwärme/Heißwasser	30.250	8.063
Müllanlieferungsentgelte	10.575	7.982
Klärschlammanlieferungsentgelte	<u>0</u>	<u>4</u>
	47.833	47.638
Erhöhung/Verminderung der Verpflichtung zur thermischen Behandlung der Müllbunker- und Zwischenlagermenge und der Trockenklärschlammmenge	<u>- 233</u>	<u>- 25</u>
	<u>47.600</u>	<u>47.613</u>

Die Müllanlieferungs- bzw. Klärschlammanlieferungsentgelte enthalten die Erlöse für die im jeweiligen Jahr angelieferte Müll- bzw. Klärschlammmenge.

(2) Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Zinsaufwand enthält mit 30 T€ Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen.

4. Nachtragsbericht

Wesentliche Auswirkungen auf die finanzielle Entwicklung der Gesellschaft sind derzeit aufgrund der Systemrelevanz der Gesellschaft sowie des vertraglich vereinbarten Kostendeckungsprinzips nicht erkennbar.

5. Vorschlag zur Verwendung des Jahresergebnisses

Der Jahresüberschuss in Höhe von 2.193 T€ soll auf Vorschlag der Geschäftsführung in Anlehnung an § 3 Absatz 4 des Partnerschaftsvertrages den Anderen Gewinnrücklagen zugeführt werden.

6. Ergänzende Angaben

Geschäftsführer ist Herr Dr.-Ing. Ragnar Warnecke, Prosselsheim.

Im Geschäftsjahr 2024 waren durchschnittlich 99 Personen beschäftigt, davon 29 Angestellte und 70 gewerbliche Arbeitnehmer. Daneben waren stundenweise zwei Aushilfskräfte tätig.

Angaben nach § 285 Nr. 17 HGB

Abschlussprüfungsleistungen 20 T€

Schweinfurt, den 31. März 2025

GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt Gesellschaft mit beschränkter Haftung



Dr. Warnecke



Anlage 1 zum Anhang

	Anschaffungs-/Herstellungskosten		Abschreibungen		Resbuchwerte	
	Zugänge	Abgänge	im Geschäftsjahr	Veränd. i. Z. mit Abgängen	Stand 31.12.2024	Stand 31.12.2023
Stand 01.01.2024	€	€	€	€	€	€
ANLAGEVERMÖGEN						
I. Immaterielle Vermögensgegenstände						
EDV-Software, Baukostenzuschüsse	1.781.480,36	27.806,04	1.732.177,36	37.454,04	1.769.631,40	39.655,00
II. Sachanlagen						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschl. der Bauten auf fremden Grundstücken	53.144.727,29	3.047.226,98	6.552.850,56 Z 39.700.283,97	620.616,98	6.952.850,56 Z 40.320.900,95	8.918.202,76
2. Technische Anlagen und Maschinen	204.572.410,63	714.433,00	25.840.286,86 Z 170.484.812,77	1.309.637,89	25.840.286,86 Z 171.794.450,66	8.247.312,00
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.867.219,16	166.776,31	3.554.273,64	303.865,71	3.790.340,51	1.175.431,52
4. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	3.179.913,74	3.386.551,47	0,00 Z 0,00	0,00	0,00 Z 0,00	3.179.913,75
Sachanlagen	285.764.270,82	4.100.461,67	32.793.136,42 Z 213.739.370,38	2.234.120,58 -67.188,84	32.793.136,42 Z 215.906.292,12	19.231.764,02
			246.532.508,80	2.234.120,58	248.689.428,54	
Anlagevermögen	287.545.751,18	4.128.267,71	32.793.136,42 Z 215.471.547,74	0,00 Z -67.188,84	32.793.136,42 Z 217.675.923,52	19.281.067,02
			248.264.684,16	2.271.574,62	250.469.059,04	

Z = Zinschuss

Anlage 2 zum Anhang

Bilanzausweis		mit einer Restlaufzeit von		
		bis 1 Jahr	über 1 Jahr aber nicht länger als 5 Jahre	über 5 Jahre
Art der Verbindlichkeiten	Höhe der Verbindlichkeiten am 31.12.2024	T€		
	T€	T€	T€	T€
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, (Vorjahr) davon gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr)	2.908 (2.180) 509 T€ 249 T€)	2.908 (2.180)	2.908 (2.180)	0
2. Sonstige Verbindlichkeiten, (Vorjahr) davon gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr) davon aus Steuern (Vorjahr) davon im Rahmen der sozialen Sicherheit (Vorjahr)	7.918 (5.769) 5.022 T€ 4.909 T€), 2.387 T€ 583 T€), 12 T€ 10 T€)	7.918 (5.769)	7.918 (5.769)	0
Summe (Vorjahr)	10.826 (16.612)	10.826 (16.612)	0 (0)	0 (0)

3. Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers



BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt Gesellschaft mit beschränkter Haftung

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt Gesellschaft mit beschränkter Haftung – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der GKS-Gemeinschaftskraftwerk Schweinfurt Gesellschaft mit beschränkter Haftung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2024 bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.



Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.



Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.



- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Nürnberg, 16. Mai 2025

Baker Tilly GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Prof. Dr. Edenhofer
Wirtschaftsprüfer

Ebersbach
Wirtschaftsprüfer



SCHAEFFLER

SKF



Stadtwerke
SCHWEINFURT
Zukunft braucht Energie

Landkreis
Aschaffenburg



Stadt
Aschaffenburg



Stadt
Schweinfurt



Landkreis
Schweinfurt



Landkreis
Haßberge



Landkreis
Main-Spessart



Landkreis
Miltenberg



Landkreis
Main-Tauber-Kreis



Landkreis
Rhön-Grabfeld

